

Bürgerinitiative Vachdorf „Mit Vernunft in die Zukunft“

Thüringer Landtag Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Per Mail An: poststelle@landtag.thueringen.de

Sehr geehrte Mitglieder im Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz des Thüringer Landtags, sehr geehrte Damen und Herren in der Landtagsverwaltung,

die Bürgerinitiative Vachdorf, möchte an der Beteiligung im schriftlichen Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung (GO) des Thüringer Landtags teilnehmen und folgende ergänzende Stellungnahme abgeben.

Die vertretenen politischen und ideologischen Positionen, der Bundesregierung und die von RRG in Thüringen, z. B. zum Schutz und Wohl der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum und die zur Natur, Umwelt und zum Wald, sind nicht nachvollziehbar und können daher so nicht akzeptiert werden.

Der von den Politikern geforderte „Ausbau der Erneuerbaren Energien“, insbesondere der Windenergie, die sog. Wärme- und Verkehrswende und die sog. „große Transformation“ in der Industrie, mit dem Ziel einer vollständigen Dekarbonisierung sind unrealistisch und kann nicht gelingen! Dies ist aus technischen, physikalischen, finanziellen, Rohstoff- und Ressourcen bedingten Gründen sowie zeitlich und praktisch unmöglich. Schon die Elektrifizierung aller Bereiche mit der dafür erforderlichen Strom-Erzeugung, dem notwendigen Stromnetz- und -Speicherausbau kann nicht so schnell und in der benötigten Menge realisiert werden, wie es notwendig wäre, um den gesamten Energiebedarf in Deutschland bis 2040 mit ausreichend „grüner“ elektrischer Energie, auch noch ohne Kernenergie, umzusetzen. Somit ist der politische Wunschtraum von einer Klimaneutralität aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche durch die sog. große Transformation aussichtslos und schon jetzt zum Scheitern verurteilt.

Das Schlimme dabei ist, dass durch dieses Wunschdenken Deutschland und auch Thüringen zunehmend an Wirtschaftskraft verliert.

Lieferketten gehen über alle Stufen der Wertschöpfung verloren.

Die Ampel in Berlin hat durch ihr übereiltes und nicht zu Ende gedachtes Handeln für eine noch nie da gewesene Unterminierung der wirtschaftlichen Grundlagen (Investitionssicherheit, Vorschriften, Ressourcen, Infrastruktur) für einen massiven Vertrauensverlust bei den Investoren und Entscheidungsträgern in nahezu allen wirtschaftlichen Bereichen und in der Bevölkerung (Arbeitnehmer, Angestellte) gesorgt.

Bei den immer noch andauernden und bedeutsamen Problemen zur Errichtung der notwendigen Infrastruktur zum Ausbau der Erneuerbaren ist es völlig unverständlich und verantwortungslos weitere Anreize für den beschleunigten Ausbau der Windenergie zu schaffen. So werden bei betroffenen Grundstückseigentümern, Bürgern (Anwohnern) und den Kommunen Erwartungen geweckt, die unwahrscheinlich sind oder nicht eintreten können. Letztendlich wird, wer sich begründet Sorgen macht, Probleme und Zweifel an der Energiewende oder der Windenergie kritisch hinterfragt, berechnete Interessen oder Mängel vorbringen will, oft in die „Rechte Ecke“ gestellt. Das führt bezüglich des gesellschaftlich

gebotenen Demokratie-Verständnisses zu immer mehr Frust, Verärgerung und Spaltung der Bevölkerung.

Des Weiteren werden die Vorhabensträger finanziell zusätzlich belastet. Wohl wissend, dass die Erneuerbaren Energien nach wie vor nicht marktfähig sind, d. h. ohne Subventionen oder Querfinanzierung nicht auskommen und beim immer stärkeren Ausbau noch mehr aufwändige Reservekapazitäten brauchen. Bei den vorgesehenen Beteiligungsmodellen partizipieren die anspruchsberechtigten Bürger und Gemeinden vom Erlös der Windenergieanlagen. Daher kann rechtlich auch nicht ausgeschlossen werden, dass im Insolvenz- und Altlastenfall Grundstückseigentümern und den Gemeinden zukünftig Rückforderungen oder Ersatzvornahmen ins Haus stehen.

Die Forderung zur Ausweisung von mind. 2,2 % der Landesfläche für WEA in Thüringen (Gesamtziel), ist vor allem auch durch die windschwache Region, nicht nachvollziehbar sowie fachlich/physikalisch unschlüssig. Die Versorgungssicherheit und den künftigen Energiebedarf hauptsächlich durch den weiteren Ausbau der Windenergie sichern zu wollen ist grob fahrlässig, sehr teuer, sozial und ökologisch folgeschwer. Da die seit Jahrzehnten bestehenden Grundprobleme der „Energiewende“ (Stromspeicher-, Netz- und Entsorgungsprobleme) immer noch nicht gelöst sind, ist ein weiterer und beschleunigter Ausbau der Windenergie unwirtschaftlich und kontraproduktiv. Somit sind auch ein größeres Flächenziel und der geplante weitere Ausbau der Windenergie unnützlich, sogar schädlich. Der weitere Zuwachs von WEA führt zu immer tieferen Eingriffen in den Naturhaushalt durch mehr Versiegelungsflächen, die Zerstörung der Biodiversität, die Beeinträchtigung des Mikroklimas, des Grundwassers sowie des Bodens und widerspricht damit den Leitvorstellungen im ThürLPIG. Volatile Windenergie kann angesichts der bestehenden Grund- und Folgeprobleme weder die Netzstabilität gewährleisten, noch den künftig steigenden Energiebedarf wirtschaftlich decken oder eine europa- bzw. weltweite Energiekrise abwenden.

Der weitere Ausbau der Windenergie in Thüringen wird prinzipiell abgelehnt, denn:

1. Die Energiewende ist ohne notwendige Speicher und Netze nicht sicher, mit ausreichendem Speicher nicht bezahlbar. Windkraft - kann konventionelle Kraftwerke nicht ersetzen.
2. Nur eine sichere Strom- und Energieversorgung sichert die Wettbewerbsfähigkeit.
3. Grundlage einer bezahlbaren, effektiven und ökologischen Energieversorgung sind und bleiben die Physik und wirtschaftlich umsetzbare technologische Verfahren.
4. Der weitere Ausbau der Windenergie macht das Stromnetz unsicher, birgt Blackout-Gefahren. Immer mehr Windenergieanlagen sind unter den gegebenen Infrastrukturbedingungen keine Lösung.
5. Mit dem Bau von Windenergieanlagen werden auf lange Zeit Flächen versiegelt, der Wasserkreislauf massiv gestört und ggf. Waldflächen zergliedert (Verlust von Biodiversität) sowie weiterhin Umwelt- und Versorgungsprobleme in die dritte Welt/ins EU-Ausland verlagert.
6. Der Schutz der Menschen ist das oberste Gebot. Technogene Überprägungen, Schall und Infraschall und weitere Belastungen gefährden die Gesundheit von Mensch und Tier.
7. Der Kampf um erträgliche Lebensbedingungen und die Sicherung des Lebensstandards gewinnen zunehmend an Bedeutung.
8. Strom muss immer und für Jedermann verfügbar und bezahlbar sein (Daseinsvorsorge).
9. Windenergieanlagen sind nicht nachhaltig (umweltschädlich, nicht sicher und teuer). Windenergie stellt eine erhebliche Gefahr für Vögel, Fledermäuse, geschützte Arten dar; sie gefährdet deren Bestand.

10. Der Wald ist ein hohes Schutzgut und verträgt keine Windenergieanlagen (Biodiversität).

11. Windenergieanlagen verursachen Sondermüll (CFK-Rotorflügel) und Rückbauprobleme (Abbruch, Sprengung, Ressourcen, Transport, Entsorgung, Recycling, hinterlassen Altlasten, große Fundamente).

12. Vorteils- und Geschenkversprechen, mit geringer und später Eintrittswahrscheinlichkeit, zur Steigerung der Akzeptanz sind keine schlüssigen, überzeugenden und nachhaltigen Argumente.

Wir lehnen das Thüringer Gesetz über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks (ThürWindBeteilG) aus grundsätzlichen, wirtschaftlichen und moralischen Erwägungen vollständig ab. Ein solches Gesetz ist nicht zielführend, da es weder die systemischen Ursachen beseitigt noch die Gesamtsituation verbessern kann.

**Mit der Bitte um Berücksichtigung unserer Stellungnahme verbleibt die
Vachdorfer Bürgerinitiative „Mit Vernunft in die Zukunft“**